

Scharnstein ist „Härteausgleichsgemeinde“

Bereits in der letzten Ausgabe unserer Perspektiven berichteten wir über Scharnsteins Gang in den Härteausgleich. Ohne Not und gegen die Stimmen der SPÖ begab sich unsere Gemeinde in den sog. „Härteausgleichsfonds“ des Landes. Mit diesem radikalen Beschluss zertrümmerte die Mehrheit im Scharnsteiner Gemeinderat nicht nur ein jahrzehntelang im politischen Konsens erarbeitetes Gebühren-, Steuern- und Abgabensystem, auf das sich die ScharnsteinerInnen verlassen konnten. Nein, denn bereits seit Jänner 2023 müssen Scharnsteiner Haushalte radikal höhere Tarife bspw. für die Wasserver- und Abwasserentsorgung leisten. Essen auf Rädern wurde sogar um 27 Prozent teurer! Jetzt drohen Zahlungen unserer Vereine für die Benützung unserer Turnhallen und sogar soziale Vereine fürchten um die bisherigen Möglichkeiten der Benützung von gemeindeeigenen Einrichtungen.

Nicht ausgeglichenes Gemeindebudget heizt die Teuerung an

Der geplante Gemeindehaushalt für Scharnstein im Jahr 2023 ergibt gerundet 15 Millionen Euro. Da die Ausgaben die Einnahmen um 300.400 Euro übersteigen, wurde beim Land um Mittel aus dem Härteausgleichsfond angesucht. Somit ist Scharnstein erstmals eine „Abgangsgemeinde“, was zu einschneidenden Konsequenzen führt: Erhöhungen von 550.000 Euro (!) sind bei den Gemeindegebühren vorgesehen. Das heißt, jede Scharnsteinerin und jeder Scharnsteiner muss durch diese Maßnahme mit einer durchschnittlichen Mehrbelastung von 110 Euro im Jahr 2023 rechnen.

Wir Sozialdemokraten haben diesem Budgetvoranschlag nicht zugestimmt. Wir sind der Überzeugung, dass bei wirklich sorgfältiger und gewissenhafter Planung des heurigen Haushaltsvoranschlags der Abgang von 2 Prozent (= 300.000 Euro) durch Einsparungen bzw. Zahlungsaufschiebungen vermeidbar gewesen wäre. Natürlich hätten auch diese Notmaßnahmen zu unangenehmen Folgen geführt, aber die unsoziale Kostenexplosion bei den Gemeindegebühren wäre zumindest deutlich gedämpft worden. Gerade heuer, wo viele Menschen wegen der grassierenden Superinflation nicht mehr wissen, wie sie finanziell über die Runden kommen, sollte die Gemeindepolitik mit gutem Beispiel vorgehen. Sie müsste im kommunalen Bereich Teuerungen möglichst vermeiden. Leider ist bei uns das Gegenteil der Fall.

Gmunden macht alles anders

Während Bürgermeister Krapf (Gmunden) meinte, dass „der Weg in eine Härteausgleichsgemeinde keine Option“ sei und „mit allen Mitteln verhindert“ werden müsse, weil „wir in diesem Fall nicht mehr handlungsfähig wären“, dachte Bürgermeister Raffelsberger darüber ganz anders, wohl wissend, dass der Weg in den Härteausgleichsfonds Scharnstein dazu verpflichtet, die Gebühren für die Daseinsvorsorge massiv, in manchen Fällen bis zu 27% zu verteuern. Dazu konnte die SPÖ Scharnstein – so wie der einstimmige Gmundner Stadtgemeinderat - nicht zustimmen, zu viel stand gerade für die sozial Benachteiligten in Scharnstein auf dem Spiel.

Sozialleistungen werden zertrümmert!

Das über Jahrzehnte mühsam und im Konsens der politisch Handelnden aufgebaute kommunale Sozialwesen unserer Gemeinde wurde mit einem Federstrich zerstört. Freiwillige Leistungen der Gemeinde wie bspw. Vereinsförderungen, soziale Leistungen, Landwirtschaftsförderungen u.ä.m. wurden bereits massiv eingeschränkt, in manchen Fällen sogar auf Null reduziert. Durch die Erhöhung der Gebühren bei den Saalmieten sind zudem soziale Veranstaltungen wie die beiden Basare der SPÖ-Frauen im Frühjahr und im Herbst gefährdet (siehe Bericht der SPÖ-Frauen auf Seite 8).

VBGM Max Ebenführer

Auch wenn die ÖVP wider besseres Wissen das Gegenteil behauptet, bekräftigen wir unsere Aussage in den letzten Perspektiven:

„Als wären Mietkosten-, Strompreis- und Heizkostenerhöhungen im neuen Jahr nicht schon genug. Die Gemeinde muss auch noch ohne Not die Gebühren für die Daseinsversorgung erhöhen. Alle Erhöhungen zusammen machen für einen durchschnittlichen Haushalt monatlich weit mehr als 100 Euro aus!“